Drucksache VI e / 1

5. Tagung der 13. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland 10. bis 13 November 2024 in Würzburg

BERICHT

über die Arbeit der Friedenswerkstatt

Landesbischof Friedrich Kramer

Bericht des Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Arbeit der EKD-Friedenswerkstatt vor der 13. Synode der EKD im November 2024 Landesbischof Friedrich Kramer

> "Lehre mich rechtes Urteil und Erkenntnis, denn ich vertraue deinen Geboten" (Psalm 119,66)

Mit Freude nehme ich das Interesse der hohen Synode an der Arbeit der **EKD-Friedenswerkstatt** wahr und berichte gerne über deren Ergebnisse im zurückliegenden Jahr.

Im Zentrum ihrer Aktivitäten stand das Konsultationsverfahren zur Weiterentwicklung der protestantischen Friedensethik im Raum der EKD. Dieses führte sie gemeinsam mit vier Evangelischen Akademien und in enger Abstimmung mit dem friedensethischen Redaktionsteam des EKD-Kammernetzwerks durch, dem ich ausdrücklich dafür danke, dass es sich auf diese ungewöhnliche Form der Zusammenarbeit eingelassen hat. Es war das erste wichtige Projekt der Friedenswerkstatt als Nachfolgegremium der *Task Force Frieden*, in das ich Mitte 2022 alle maßgeblichen Player der evangelischen Friedensarbeit und -ethik im Raum der EKD berufen habe, um den gemeinsamen Austausch zum Friedensthema auf einer breiten Basis weiter voranzubringen.

Das Wichtigste in Kürze: Das aufwändige Konsultationsverfahren mit vier öffentlichen Tagungen und 40 Beitragenden lief von Oktober 2023 bis März 2024. Es ist uns gelungen, eine große Bandbreite aktueller friedensethischer Themen aus unterschiedlichsten Perspektiven zu beleuchten. Fachliche Impulse lieferten Expert:innen der Friedens- und Konfliktforschung, der Friedensethik und Theologie, des internationalen Rechts, der Außen- und Sicherheitspolitik, der praktischen Friedensdienste, des Militärs und der Militärseelsorge. Ihre Beiträge wurden intensiv von den Mitgliedern der Friedenswerkstatt, des Redaktionsteams und interessierten Gästen vor Ort und im Netz diskutiert. Das Redaktionsteam hat im Auftrag des Rates der EKD die große Herausforderung angenommen, auf der Grundlage dieser Diskussionen und eigener Überlegungen eine aktuelle friedensethische Orientierungsschrift zu verfassen. Diese wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2025 vorliegen und im Rat der EKD besprochen werden. Beschließt der Rat die Veröffentlichung des Texts, könnte dieser im Herbst 2025 unter Umständen der Synode zur Befassung vorgelegt werden. Das liegt aber selbstverständlich im Ermessen des Rats.

So zeichnet die Friedenswerkstatt nicht für den angestrebten neuen friedensethischen Grundlagentext verantwortlich, wohl aber – gemeinsam mit den beteiligten Evangelischen Akademien – für den umfänglichen Konsultationsprozess, der dessen Entstehung breit orientieren sollte. Bevor ich nun im Einzelnen von diesem Prozess berichte, danke ich herzlich all denen, die ihn durch ihre persönliche Teilnahme, inhaltliche wie organisatorische Mitarbeit und ihre finanzielle Unterstützung ermöglicht haben:

- allen voran meinen Co-Vorsitzenden der Friedenswerkstatt, Dr. Friederike Krippner (Evangelische Akademie zu Berlin) und Prof. Dr. Reiner Anselm (LMU München),
- den Evangelischen Akademien zu Berlin, Villigst, Bad Boll und Loccum, insbesondere den verantwortlichen Studienleiter:innen Dr. Carola Hausotter, Dr. Thomas Müller-Färber und Uwe Trittmann,
- der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr als Mitförderer,

- den geschäftsführenden Referentinnen Dr. Dorothee Godel und Dr. Christine Falk
- sowie, nicht zuletzt, den Mitgliedern der Friedenswerkstatt und des Redaktionsteams, die rege an den Konsultationen teilgenommen und mitdiskutiert haben.

Dieses Projekt, das ohne großen zeitlichen Vorlauf und ohne eigenes Budget im Haushalt der EKD zustande kommen musste, war ein Kraftakt für viele Beteiligte; ein Kraftakt allerdings, der sich – so auch das allgemeine Fazit der Friedenswerkstatt – vollauf gelohnt hat.

Große Einigkeit herrschte bereits hinsichtlich der Motivation: Die nach dem 24. Februar 2022 in den Medien entbrannte scharfe Debatte um die weitere Geltung oder Hinfälligkeit der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sollte in eine direkte, breit angelegte und konstruktive Diskussion überführt werden mit dem Ziel, innerhalb der EKD und darüber hinaus eine aktuelle differenzierte Orientierung in Friedensfragen zu entwickeln.

In dem hierzu angestoßenen Konsultationsprozess hatte die Friedenswerkstatt die Aufgabe, sich auf die Konsultationsthemen und eine Vorschlagsliste für die Beitragenden zu einigen. Das ist ihr – aller internen friedensethischen Differenzen zum Trotz – in intensiven und anregenden Diskussionen gelungen. Mit großer Fachexpertise haben dann die verantwortlichen Studienleiter:innen der beteiligten Evangelischen Akademien, die folgenden vier Konsultationstagungen konzipiert und organisiert:

1. *Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Frieden*Konsultationstagung vom 04.-05.10.2023, Ev. Tagungsstätte Berlin-Schwanenwerder

Als Auftaktveranstaltung hatte diese Konsultation den gemeinsamen Diskussionsprozess zu orientieren und in Gang zu setzen. Dazu wurde am ersten Tag die Ausgangslage abgesteckt mit Impulsen zur bisherigen Entwicklung der Friedensethik durch Rat und Synode der EKD sowie drei einführenden Schlaglichtern auf aktuelle Herausforderungen im Völkerrecht, in der Sicherheitspolitik und im Blick auf den wachsenden Multilateralismus. Die Reflexion dieser Herausforderungen wurde am zweiten Tag anhand der Fokus-Themen *Gerechtigkeit und Frieden* sowie *Klimawandel und Frieden* vertieft. Als Beitragende waren Fachkundige der systematischen Theologie, der synodalen Friedensprozesse, der Außen- und Sicherheitspolitik(-beratung), der Friedens- und Postkolonialismusforschung sowie Vertreter:innen von Friedenskirchen und des Militärs eingeladen (Tagungsprogramm s. hier).

Neben Mitgliedern des Redaktionsteams und den Beitragenden nahmen in Präsenz auch Mitglieder der Friedenswerkstatt und einzelne Interessierte teil; weitere Interessierte der breiten Öffentlichkeit konnten die Diskussionen des ersten Tags im Live Stream verfolgen.

Eine Zusammenfassung meiner Eindrücke von dieser ersten Konsultation habe ich bereits in meinem Synodenbericht vom Herbst 2023 geliefert. Der Vollständigkeit halber wiederhole ich sie hier nochmals:

Sowohl in den theologisch-kirchlichen Eingangsimpulsen als auch in späteren Beiträgen wurde das Konzept des gerechten Friedens als weiterhin tragfähig aufgefasst. Dessen Orientierung am internationalen Recht sei richtig und wichtig, auch wenn die damit verbundene Hoffnung auf die Durchsetzungsmacht des Völkerrechts relativiert werden müsse angesichts der neuen Situation eines konventionellen Krieges, der von einer Atommacht initiiert wird und wegen ihres Vetorechts im UN-Sicherheitsrat nicht durch diesen befriedet werden kann. Auch müsse das Konzept des gerechten Friedens durch die Einbeziehung bisher vernachlässigter Perspektiven analytisch präziser werden (z.B. die Sicherheitslage Mittel- und Osteuropas, die wachsende

Multilateralität, die postkoloniale Perspektive, der Klimanotstand, die innergesellschaftlichen Konflikte). Auch seine *Anwendbarkeit auf konkrete Konfliktsituationen* müsse verbessert werden, z.B. durch den Verzicht auf Postulate des Wünschenswerten zugunsten von handlungsleitenden Maximen.

- Fast einhellig haben die Beitragenden an das Redaktionsteam appelliert, im neuen Orientierungspapier der EKD deutlichere Worte im Blick auf die jeweils adressierten Problemfelder zu finden, als das in sonstigen institutionellen Kontexten möglich sei. Explizit war von der Dringlichkeit einer "verschärften Diagnose" (B. Mbanza Bambu) die Rede, etwa im Blick auf den Klimanotstand und die durch ihn verursachte Migrationskrise sowie auf die massive Ungerechtigkeit, die die Länder des globalen Südens noch bis heute selbst durch UN-Institutionen wie die Weltbank erfahren würden, deren Strukturen immer noch postkoloniale Machtungleichgewichte eingeschrieben seien.
- Zugleich haben viele Beitragende die Hoffnung formuliert, dass gerade die Kirche überzeugende Anregungen und Formate liefern könne, die den Gemeinsinn stärken und zum gemeinsamen Handeln motivieren. Wichtig dafür sei auch ein neues begriffliches Instrumentarium, das ideologischen Ballast vermeidet und nach vorne weist (z.B. "multilaterale" statt "multipolare Weltordnung", "Frieden" als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit vs. rechtspopulistische Verengung). Von einem Vertreter des Militärs wurde angeregt, den Begriff der "Sicherheit", der stark militärstrategisch geprägt sei, durch den der "Nachhaltigkeit" zu ersetzen.
- In der abendlichen Diskussion zwischen Vertreter:innen der Friedenskirchen und des Generalstabsdienstes der Bundeswehr herrschte Einigkeit darüber, dass *militärisches Eingreifen als ultima ratio* die Aggression des Gegners zwar eindämmen oder stoppen, keinesfalls aber nachhaltigen Frieden schaffen könne. Hierfür seien zivile Akteure und in der Regel lange Verhandlungen nötig. Von daher sei es *wichtig, zivilgesellschaftliche Kontakte zur gegnerischen Partei zu erhalten* und den Konflikt, wenn irgend möglich, parallel zu militärischen Einsätzen auch gewaltfrei zu bearbeiten. Von Seiten eines Militärvertreters wurde kritisch angemerkt, dass pazifistische Positionen häufig verkürzt als 'unrealistisch' abgetan würden. Der schlichte Verweis auf 'Realismus' sei jedoch kein valides Argument für eine Unterscheidung zwischen der Angemessenheit rechtserhaltender Gewalt gegenüber der Angemessenheit der Gewaltfreiheit. Denn das hieße, einem Realismusbegriff das Wort reden, der nur eine einzig mögliche Interpretation von Realität kenne.

2. Frieden denken in einer Welt mit multiplen Ordnungsvorstellungen Konsultationstagung vom 16.-17.01.2024, Evangelische Akademie zu Berlin

Im Fokus dieser zweiten Konsultation stand die Frage, wie Frieden in der globalen Weltgemeinschaft angesichts multipler Ordnungsvorstellungen gelingen kann und wie sich dazu die christliche Idee des einen Evangeliums verhält. Zudem sollte es – auch vor dem Hintergrund der kurz zuvor vom Bundeskabinett beschlossenen "Nationalen Sicherheitsstrategie" – um eine Konkretisierung dessen gehen, was aus christlicher Sicht schützenswerte Güter sind. Am ersten, öffentlichen Tag der Konsultation sprachen Expert:innen aus Theologie, Politikwissenschaft, Journalismus und Außenpolitik. Der zweite Tag diente der konzentrierten thematischen Weiterarbeit durch Mitglieder von Friedenwerkstatt und Redaktionsteam in gemeinsamen Workshops (Programm s. hier).

Erwähnenswert finde ich mehrere Anregungen:

- Der theologische Eingangsimpuls zum Verhältnis von Einheit und Vielfalt im Evangelium mündete in ein Lob der Vielfalt aus ethisch-theologischer Perspektive (v.a. bzgl. Gewalteinschätzung, Umgang mit Fremden und Güterkollisionen). Das wurde in der Diskussion wohlwollend, doch nicht ohne Einschränkungen aufgenommen. Hingewiesen wurde darauf, dass gerade in der Gewaltfrage das Evangelium doch deutlich in Richtung Gewaltverzicht gehe, und dass in der Ökumene seit Jahrzehnten am Versuch, die bereichernde und anzuerkennende Vielfalt in Einheit zu versöhnen, erfolgreich gearbeitet werde und bereits wichtige Grundlagen dafür geschaffen seien.
- Ordnungsvorstellungen vor: Schon die politische Analyse und Beurteilung der Ausdifferenzierung, die die Weltordnung aktuell erfährt, erwies sich als stark umstritten: Haben wir es mit konfrontativer Bipolarität (USA-China) oder Multipolarität (vgl. Münkler: "Pentarch") und bald mit totaler Anarchie im Streit zwischen Demokratien und Autokratien zu tun? Aus ethischer Perspektive verhelfe angesichts dessen das neutralere Konzept des Multilateralismus am ehesten dazu, in der Vielfalt der Ordnungsvorstellungen, die sich verstärkt zur Geltung bringen, Gemeinsamkeiten, Chancen der Verständigung und Ansatzpunkte für neue tragfähige internationale Regeln wahrzunehmen. Das gelte gerade auch im Blick auf den Globalen Süden, der nicht als homogener Block gesehen werden darf und auf Augenhöhe an der Arbeit am Weltfrieden zu beteiligen ist.
- Das Podium am Abend diskutierte die Frage nach schützenswerten Gütern v.a. mit Außenpolitiker:innen von SPD, CDU und FDP und einer wissenschaftlichen Stimme. Die Diskussion war dadurch stärker sicherheitspolitisch denn friedensethisch ausgerichtet, sie ventilierte mehrheitlich aus den Medien bekannte politische Positionierungen. Einigkeit bestand v.a. darin, dass unser sozial-liberal geprägtes Demokratiemodell als zentrale Errungenschaft nach den verheerenden Weltkriegserfahrungen ein hohes und schützenswertes Gut ist. Auch innenpolitisch sei dieses Gut in Gefahr und durch kirchliches Engagement stärker zu fördern.
- Am zweiten Tag informierten zwei Mitglieder des Redaktionsteams über den Stand der Konzeptentwicklung für den geplanten Grundlagentext und ihre methodische Herangehensweise im Blick auf einzelne Themenkomplexe am Beispiel der Friedensspiritualität. Das war sehr aufschlussreich, ich kann hier wiederum nur einige Aspekte herausgreifen, die mittlerweile allerdings überholt sein könnten:
 - Beim Titel wurde an "Denkanstöße" und weniger an "Denkschrift" gedacht, um den Text deutlich als Wegmarke in einem offenen diskursiven Prozess zu kennzeichnen, der Dissense abbilden und zugleich das Gemeinsame hervorheben kann.
 - Am Konzept des "gerechten Friedens" mit seinen vier Dimensionen und der Denkfigur der rechtserhaltenden Gewalt als ultima ratio wolle man definitiv festhalten.
 - Ebenso am positiven, umfassenden Friedensbegriff des "Schalom" sowie dem Primat der Gewaltfreiheit und der zivilen Konfliktbearbeitung.
 - Gegenüber der Denkschrift von 2007 werde man beim Blick auf die internationale Sphäre die Nachhaltigkeits- und Migrationsfrage sowie die postkoloniale Debatte stärker berücksichtigen und grundsätzlich neben der internationalen Sphäre die lokale und individuelle Sphäre ausführlicher thematisieren.
 - Schließlich solle das Konzept des gerechten Friedens in seinen vier Dimensionen auch für den Kontext des Krieges bzw. der organisierten Gewalt durchdekliniert werden. Das könnte, so meine Einschätzung, auf eine Wiederbelebung der alten Komplementaritätsthese hinauslaufen, nach der der Kriegsdienst gleichermaßen dem Frieden dienen könne.

— In der offenen und produktiven Diskussion im Anschluss konnten wichtige Anregungen der Teilnehmenden, gerade auch aus dem Kreis der Friedenswerkstatt, eingebracht werden: z.B. die Akzentuierung der Themen Friedensbildung und Kriegsdienstverweigerung, die Ersetzung des Sphärenbegriffs durch den der Friedensräume (außerhalb des Kriegskontexts) und schließlich das Votum, dass der Kontext des Krieges weiterhin klar als zu vermeidende Ausnahmesituation gekennzeichnet bleiben müsse. Diese Workshop-Phase der Konsultation haben die Teilnehmenden als sehr konstruktiv und inspirierend empfunden.

3. Recht und Frieden (Entgrenzung des Krieges, Rüstungsfragen, Rüstungskontrolle) Konsultationstagung vom 20.-21.02.2024, Evangelische Akademie Bad Boll

Im Mittelpunkt dieser dritten Konsultation stand die Frage, inwieweit internationale Rechtsordnungen friedensethische Orientierung in Gerechtigkeitsfragen auf internationaler Ebene bieten. Schwerpunkte lagen dabei am ersten Tag auf den Menschenrechten, dem Humanitären Völkerrecht und der Rolle der internationalen Strafgerichtsbarkeit. Am zweiten Tag wurde über die Relevanz von Rüstungsfragen für den friedensethischen Diskurs sowie über ethische und seelsorgerliche Fragen beim Einsatz von Militär diskutiert. Beitragende waren Forschende und Praktiker:innen aus den jeweiligen Rechtsgebieten, eine Politologin und Vertreterin der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), ein Spezialist für Militärgeschichte und -ethik sowie katholische und evangelische Militärseelsorger (Tagungsprogramm s. hier).

Eindrücklich waren die folgenden Beobachtungen:

- In großer fachlicher Differenziertheit wurden die Potenziale und Grenzen Internationalen Rechts (IR) zur Eindämmung von Kriegen und zur Wahrung bzw. Förderung des Weltfriedens dargelegt und diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass das IR bei allen Schwierigkeiten der Rechtsdurchsetzung und ernst zu nehmender Kritik aus dem Globalen Süden große Chancen der Friedensförderung birgt. So hielten die Expert:innen (wie schon in der ersten Konsultation) das Völkerrecht trotz der Blockierung des Sicherheitsrats und zunehmender Kriege für nicht wesentlich geschwächt ("auch das Strafrecht gilt, obwohl gemordet wird" (A. Paulus)). Sie verwiesen auf die großen Mehrheiten bei den Resolutionen der VN-Generalversammlung gegen den russischen Angriffskrieg und das friedenspolitische Potential der Generalversammlung als solcher. Deren Resolutionen hätten als sog. "soft law" bei steten Wiederholungen das Potential, mit den von ihnen formulierten Rechtsüberzeugungen der Staatengemeinschaft in das Völkergewohnheitsrecht hineinzuwirken und Rechtsverbindlichkeit für sie zu erlangen.
- Deutlich wurde auch, dass die Menschenrechte durchaus zentral sind für die inhaltliche Füllung des Konzepts der Gerechtigkeit im Raum internationaler Politik. Im VN-Menschenrechtsrat sei Frieden zwar ein Randthema (vgl. eine einzige Resolution zum "Recht auf Frieden") und der Menschenrechtsschutz verfolge i.d.R. einen scharfen, staatsanwaltlichen Ansatz, der der Konsensorientierung des Völkerrechts widerspreche. Doch seien die Menschenrechte und ihre Einklagbarkeit vor dem Internationalen Strafgerichtshof essentiell für Menschen, die unter totalitären Regimes leiden, um Gerechtigkeit zu erlangen. Entsprechend beziehe sich der beobachtbare Prestigeverlust des IR im Globalen Süden weniger auf die Positiva des Völkerrechts und der Menschenrechte denn auf erfahrene Durchsetzungsasymmetrien. Das zeigten etwa die aktuellen Klagen Südafrikas gegen das militärische Vorgehen Israels in Gaza und diejenige Nicaraguas gegen dessen Unterstützung durch die deutsche Regierung.
- Gleichwohl betonten die Völkerrechtler:innen, Friedensethik solle sich nicht als Appendix des IR verstehen, sondern auch darüber hinaus denken und etwa die vorhandenen Regelungslücken in den Blick nehmen. Als immer noch gewichtige zivilgesellschaftliche Player könnten und sollten

die Kirchen die entsprechenden Gerichtsprozesse kritisch beobachten oder auch selbst anregen und damit zur Rechtssicherheit und Bewahrung der Standards beitragen. Dazu verhelfe auch das Weltrechtsprinzip, demzufolge Verstöße gegen IR auch in Ländern geahndet werden dürfe, die keinen Bezug zum Vergehen haben. Wichtig sei es auch, sich bei uns, in der EU und darüber hinaus (etwa in der Ukraine) für die Kenntnis des Humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte einzusetzen. Nur wenn sie bekannt seien, hätten sie Schutzfunktion.

- Konkrete, eindringliche Appelle an das künftige friedensethische Grundlagenpapier kamen von der Fachfrau der GKKE im Blick auf die Frage der Rüstung und Rüstungskontrolle. Die Kirchen sollten dringlich diese Probleme und Desiderata aufzeigen: 1. Der friedenspolitische Primat müsse für den Transfer aller Rüstungsgüter gelten. 2. Die bestehenden rechtlichen Regelungen seien nicht ausreichend und müssten überarbeitet werden. 3. Dringend erforderlich sei ein Rüstungsexportkontrollgesetz. 4. Weltweit und in Europa werde in den nächsten Jahren massiv aufgerüstet. 5. Daher bräuchten wir in Kooperation mit unseren europäischen Partnern eine vorausschauende Rüstungsexport- und Rüstungskontrollpolitik und müssten wir beide Bereiche besser miteinander verzahnen.
- Vertreter der Militärseelsorge betonten, dass die friedensethische Reflexion die konkreten Bedingungen und Folgen für die beteiligten Menschen in militärischen Einsätzen, die um die Sinnhaftigkeit ihres Einsatzes und ggf. Leidens ringen, in den Blick nehmen müsse. Wichtig sei neben der Vermittlung grundlegender demokratischer und christlicher Werte das praktische Einüben ethischer Abwägungen auch in Stress- und Extremsituationen (vgl. Trainings zur Vorbereitung von UN-Missionen). Deutlich wurde, dass Einsätze bei einem Teil der Beteiligten schwere Traumatisierungen hinterlassen und die seelsorgerliche Begleitung vor Ort und im Nachgang ein großes Handlungsfeld der Glaubensgemeinschaften ist, die da unterschiedlich gut aufgestellt sind.
- Besonders eindrücklich war die Gegenüberstellung zweier Steinigungserfahrungen. Während im Zuge des Afghanistaneinsatzes deutsche Soldat:innen aufgrund ihres spezifischen Einsatzbefehls (keine Einmischung in lokale Politik) zum Zusehen gezwungen waren und durch diese Ohnmachtserfahrung Traumatisierungen erlitten, konnten Friedensfachkräfte von Eirene e.V. an den großen Seen Afrikas, die die genuinen Friedensbemühungen der Menschen vor Ort unterstützen, mit dazu beitragen, eine Steinigung zu verhindern. Ich selbst habe bei meinem Besuch bei den deutschen Truppen in Litauen im vergangenen Mai erlebt, dass die Erfahrungen aus dem Afghanistaneinsatz ein großes Thema unter den Soldat:innen war.

4. An den Rand gedrängt – Frieden und Zivile Konfliktbearbeitung in Zeiten eskalierender Gewalt Konsultationstagung vom 13.-14.03.2024, Evangelische Akademie Loccum

Diese letzte Konsultation wurde am stärksten von der interessierten Öffentlichkeit wahrgenommen. Im Zentrum standen die Fragen, welche Rolle Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) als Form der gewaltfreien Konfliktaustragung und Friedensförderung in Zeiten eskalierender Gewalt spielen kann und welchen Stellenwert sie entsprechend in der kirchlichen Friedensethik und -politik einnehmen sollte. Beiträge lieferten Expert:innen aus dem ZKB-Bundesnetzwerk, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der Friedens- und Konfliktforschung, der Militärseelsorge und der friedensethischen Reflexion. Auch die Ratsvorsitzende der EKD war zu einem Impuls zu den neuen Herausforderungen der Friedensethik nach Loccum gekommen (Tagungsprogramm s. hier).

Bemerkenswert fand ich diese Anregungen:

- In seinem Einführungsvortrag hob der Vorsitzende des Redaktionsteams Prof. Dr. Reiner Anselm die Bedeutung unterschiedlicher lebensweltlicher Erfahrungen für die Ausbildung differenter "moral communities" (J. Fischer) hervor. Mehr noch als Moral und Ethik bestimmten sie das Denken und Handeln, auch innerhalb des Protestantismus, und seien heute immer schwerer zu einer übergreifenden "moral community" zusammenzuführen.
- Gerade deshalb seien die Konsultationen als neuerliche Verständigung auf gemeinsame Grundlagen wichtig und die anvisierte Orientierungsschrift müsse versuchen, die unterschiedlichen Erfahrungen "zu einer gemeinsamen Position, zumindest zu einer Grundlage zu verdichten". Diese sehe er am ehesten in den Kriterien der Denkschrift von 2007, die am "Nebeneinander von rechtsgebundener und rechtserhaltender Gewalt (einerseits) sowie der begleitenden und unterstützenden Maßnahmen ziviler Friedensarbeit (andererseits)" festhalte.
- An dieser Lesart der letzten Denkschrift entzündete sich Kritik, formuliere diese doch klar ein Primat der Gewaltfreiheit, das hiermit aufgegeben werde. Deutlich traten an dieser Stelle die Differenzen zwischen denen, die in Konfliktsituationen mehr militärische Verteidigung befürworten, und denen, die vorrangig auf soziale Verteidigung, gewaltfreie Konfliktbearbeitung und politische sowie religiöse Diplomatie setzen, hervor.
- Das war just der richtige Moment für das Statement der Ratsvorsitzenden Kirsten Fehrs, das dazu ermunterte die gegensätzlichen Positionen zusammenzudenken, also zu prüfen, wie das Bedürfnis nach Selbstverteidigung und Opferschutz mit Jesu Ruf auf den Weg der Gewaltfreiheit zu vermitteln sei. Im Blick auf die weltweiten Konflikte brauche es "Menschen von Besonnenheit, die den Frieden denken, glauben und erbeten". Sie verwies dazu auf den nach Jahrzehnten eines brutalen Krieges geschlossenen Westfälischen Frieden, der nur möglich wurde, weil Menschen "mit Geduld, List und Tücke Faden für Faden eines komplexen Interessengeflechts einzeln aufdröselten und nach vierjährigen Verhandlungen einen Ausgleich fanden".
- Vertreter:innen von Friedensforschung und -organisationen betonten, dass das volle Potential gewaltfreier Konfliktbearbeitung und sozialer Verteidigung bisher gar nicht ausgeschöpft wurde.
 Dazu seien nicht nur die dezentrale Strukturen in Konfliktgebieten, sondern auch die Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträger:innen vor Ort zu fördern. Vom BMZ kam die Ermunterung, dass sich angesichts schwindender Ressourcen auch im Raum der Kirche mehr Aktive politisch für Konfliktprävention und ZKB und einsetzen mögen.
- Einigkeit bestand schließlich im Blick auf diese drei Forderungen: 1. jeglichem Vereindeutigungsdruck widerstehen im Bewusstsein dafür, dass es nicht "die einzig richtige moralische Lösung" (A. Petz) gebe; 2. jedes friedenspolitische Engagement, gewaltfreies als prima ratio wie militärisches als ultima ratio, unvoreingenommen prüfen im Blick auf seine Leistungsfähigkeit und Grenzen; 3. aus der Fülle unseres Glaubens argumentieren und auch die biblisch-theologische und spirituelle Komponente des Friedens hervorheben (Trost und Inspiration für die praktische Friedensarbeit), sonst verliere die Stimme der Kirche unter anderen zivilgesellschaftlichen Stimmen ihr Profil.

Einen ausführlichen Tagungsbericht zu dieser vierten Konsultation hat dankenswerterweise Rüdiger Braun von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen verfasst (s. <u>hier</u>).

Im Zuge einer Evaluation des Konsultationsverfahrens in der letzten Sitzung der Friedenswerkstatt wurden *folgende Desiderate* angeführt:

• die nationale und internationale ökumenische Perspektive, insbes. aus dem globalen Süden (Wunsch: Vertreter:in der VEM),

- die friedensethische Arbeit des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR, z.B. "Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung" und der konziliare Prozess Dresden-Magdeburg-Dresden
- Friedensliturgie und biblische Friedenstheologie,
- das Thema Kriegsdienstverweigerung international,
- weitere Stimmen aus der Breite der Gesellschaft (Wunsch: z.B. feministische Ansätze in der Außen- und Friedenspolitik oder Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung) und
- Stimmen osteuropäischer NATO-Partner.

Die Vorsitzenden der Friedenswerkstatt und des Redaktionsteams haben diese Hinweise aufmerksam wahrgenommen. Vielfach sind die Desiderate dem engen zeitlichen und finanziellen Rahmen des Konsultationsverfahrens geschuldet und der damit zusammenhängenden Schwierigkeit, alle erwünschten Beitragenden zu gewinnen. An einigen dieser Desiderate arbeiten wir in der Friedenswerkstatt gemeinsam mit Mitgliedern des Redaktionsteams weiter. Zu den friedensethischen Texten des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR etwa und ihrer Bedeutung für den Pazifismus heute werden wir im Dezember einen Vortrag von Dr. Marie Anne Subklew-Jeutner von der Arbeitsstelle Theologie der Friedenskirchen der Universität Hamburg hören. Das Thema KDV national und international hat die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) durch ein ausführliches Papier ins Redaktionsteam eingebracht. Und die ökumenische Perspektive soll insbesondere in einer Resonanzveranstaltung anlässlich der Veröffentlichung des Texts einbezogen werden (s.u.). Auch das Thema "Digitalität und Friedensarbeit" soll noch bedacht werden, etwa die Fragen, wie reagieren wir auf digitale/hybride Kriegsführung und Desinformation und wie kann erfolgreiche Konfliktprävention und -bearbeitung im digitalen Raum gelingen.

Im Blick auf das Desiderat "biblische Friedenstheologie" erlaube ich mir auf die Tagungs- und Publikationsaktivitäten der Woltersburger Mühle, einem Friedensort der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, hinzuweisen (s. hier). Diese liefern u.a. – auch in Zusammenarbeit mit meinem Vorgänger Renke Brahms und mir – aufschlussreiche bibelexegetische und friedenstheologische Reflexionen zu aktuellen Fragen wie "Friedens- vs. Kriegstüchtigkeit" und "Vertrauens- vs. Abschreckungslogik" (vgl. hier).

Insgesamt war das Fazit aller am Konsultationsverfahren Beteiligten aber sehr positiv, da der gesamte Prozess ein beeindruckend umfangreiches Panorama zentraler Fragestellungen, Themen und Positionen entfalten konnte. Ein solches Ausmaß an Partizipation als Grundlage für die Erstellung eines EKD-Grundlagentexts zu realisieren, ist ein absolutes Novum.

Nun liegt die weitere Arbeit bei dem vom Rat der EKD berufenen friedensethischen Redaktionsteam. Es hat angesichts dieses Panoramas eine wahre Herkulesaufgabe übernommen, zumal auch die Expertise der größeren friedensethischen Expert:innenrunde des EKD-Kammernetzwerks einzubeziehen ist. Herausfordernd ist zudem die Frage nach dem heute angemessenen Format eines Grundlagenpapiers der EKD, das in der aktuellen Medienlandschaft wahrgenommen werden will. Dass es dem Redaktionsteam gleichwohl gelingen möge, einen gehaltvollen friedensethischen Text zu schreiben, der unser Denken und Handeln für den Frieden hilfreich orientiert, ist mein großer Wunsch. Dafür wünsche ich ihm Gottes Segen!

Anlässlich der Veröffentlichung des Papiers gegen Ende des kommenden Jahres plant die Friedenswerkstatt gemeinsam mit der Evangelischen Akademie zu Berlin eine Resonanzveranstaltung im Haus der EKD mit hochrangigen Vertreter:innen aus Kirche, Ökumene und Politik. Auch der Studientag der Konferenz für Friedensarbeit im Januar 2026 wird gemeinsam mit der Evangelischen Akademie der Pfalz als öffentliche Resonanzveranstaltung zum neuen friedensethischen

Orientierungstext durchgeführt werden. Geplant ist auch eine leicht lesbare Zusammenfassung des Papiers, die als Grundlage für vielfältige Resonanzveranstaltungen auf landeskirchlicher und gemeindlicher Ebene dienen kann.

Ebenso wichtig wie das konkrete Ergebnis der Texterstellung ist aus meiner Sicht aber der umfängliche Konsultations- und Dialogprozess davor und danach, im Sinne eines selbstversichernden Tiefenprozesses im Raum der EKD. In der Friedenswerkstatt und bei den Konsultationen habe ich harte Auseinandersetzungen in der Sache, aber einen respektvollen Umgang miteinander erlebt. Die hier gelebte Anerkennung unterschiedlicher Positionen, differenter Perspektiven und soziokultureller Erfahrungshintergründe ist eminent wichtig für den inneren Zusammenhalt unserer Kirche – gerade auch als Signal nach außen. Denn da, wo deren Vielfalt nicht mehr geachtet wird, gehen wir in einen autoritären Modus über und sind nicht mehr auf dem Weg des Friedens. Nur dort, wo wir mit vielen Stimmen die vielen Fragen und Abwägungen miteinander diskutieren können, ist das, was Frieden bedeutet, auch in der Art, wie wir miteinander diskutieren, erfahr- und lebbar.

Dass wir auch über den Krieg im Geiste des Friedens diskutieren, gilt es zu bewahren und weiterzuführen. Meine Hoffnung ist, dass das entstandene breite friedensethische Netzwerk nachhaltig und dauerhaft für unseren Diskurs und unser Friedenshandeln im Raum der EKD hilfreich ist. Daher wird die Friedenswerkstatt auch künftig zu 2-3 jährlichen Treffen zusammenkommen, um weiterhin regelmäßig drängende friedensethische und -politische Fragen zu beraten.

Angesichts ihrer aktuellen Fülle und Brisanz kann ein Bericht aus der Friedenswerkstatt nicht enden, ohne auf die Arbeit derjenigen ihrer Mitglieder zumindest hinzuweisen, die neben der Beschäftigung mit der Friedensethik auch in der *Friedenspraxis und Friedenspolitik* aktiv sind. Im Anschluss folgt daher eine *tabellarische Übersicht über die von diesen aktuell bearbeiteten nationalen und internationalen Themen*, von der aus Sie über Web Links zu detaillierten Informationen gelangen können. Ich wünsche eine anregende Lektüre.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

AKTUELLE FRIEDENSPOLITISCHE AKTIVITÄTEN DER EVANGELISCHEN FRIEDENSARBEIT IM RAUM DER EKD 2024

NATIONALE THEMEN:

PFLICHTDIENST-/WEHRPFLICHTDEBATTE

- ⇒ <u>Stellungnahme</u> der Geschäftsführer von EAK & AGDF vom 12.06.2024 zu Plänen von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius zur Personalgewinnung
- ⇒ Resolution "<u>friedensfähig, weil freiwillig</u>" der AGDF-Mitgliederversammlung vom 21.09.2024 zur Diskussion über Pflichtdienste

STATIONIERUNG VON MITTELSTRECKENRAKETEN UND MARSCHFLUGKÖRPERN IN DEUTSCHLAND

- ⇒ Resolution "Nein zur Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland" der AGDF-Mitgliederversammlung vom 21.09.2024
- ⇒ Pressemitteilung des EKD-Friedensbeauftragten (geplant)

UMSETZUNG DES "PRIMATS DES ZIVILEN" AUS DEM KOALITIONSVERTRAG DER BUNDESREGIERUNG

⇒ politische Initiative "<u>Der Friedensdienst darf nicht unter die Räder kommen"</u> von ZFD, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, Forum Menschenrechte und Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), Juni 2024

US-ATOMWAFFEN IN DEUTSCHLAND

⇒ 7. Kirchlicher Aktionstag gegen Atomwaffen in Büchel am 25.05.2024: Demonstration, Predigt des Friedensbeauftragten des Rates der EKD & Workshop für Jugendliche

RECHTSPOPULISMUS UND DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

- ⇒ Ökumenischer Friedensdialog in Osnabrück am 23.10.2023 zum Thema "Rechtspopulismus als Gefahr für den Frieden in Deutschland und Europa", Einladende: Bischof Dr. Heiner Wilmer SCJ, Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax, und Landesbischof Friedrich Kramer, Friedensbeauftragter des Rates der EKD (Video)
- ⇒ Resolution "<u>Demokratie stärken, Veränderungen gemeinschaftlich gestalten</u>" der AGDF-Mitgliederversammlung vom 21.09.2024

FRIEDEN, KLIMAGERECHTIGKEIT UND EVANGELISCHE KIRCHE

⇒ KfF-Studientag 2024 zum Thema "Zwischen Widerstand und Dialog. Kirche auf dem Weg zum (klima-)gerechten Frieden" unter Beteiligung der Synodenpräses Anna Nicole Heinrich, Ev. Akademie der Nordkirche (30.-31.01.2024)

AUFRÜSTUNG ALS HERAUSFORDERUNG FÜR FRIEDENSETHIK UND GESELLSCHAFTLICHEN FRIEDEN

⇒ In Planung: KfF-Studientag 2025 zum Thema "<u>Aufrüstung als ethische Verantwortung oder Verfehlung?"</u>, Ev. Akademie Loccum (30.-31.01.2025)

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG (KDV)

- ⇒ <u>Erklärvideo zur KDV</u> auf dem YouTube-Kanal der Evangelischen Friedensarbeit
- ⇒ Informationen zum Auswahlwehrdienst
- ⇒ Themenblock Kriegsdienstverweigerung beim Einweisungslehrgang für neue Militärseelsorger:innen
- ⇒ Schulung für KDV-Beratung für Pfarrer:innen

INTERNATIONALE THEMEN:

REISE DES EKD-FRIEDENSBEAUFTRAGTEN UND DES FRIEDENSBEAUFTRAGTEN DER EV. KIRCHE DER PFALZ NACH LITAUEN

- ⇒ Besuch der Bundeswehr-Brigade in Litauen am NATO-Stützpunkt Rukla auf Einladung von Generalmajor von Butler von der
- ⇒ Gespräche mit russischen und belarussischen Menschenrechtsaktivist:innen von "Our House" und "Memorial"

EINSATZ DES EKD-FRIEDENSBEAUFTRAGTEN FÜR BELARUSSISCHE MENSCHENRECHTSAKTIVIST:INNEN IN LITAUEN

⇒ gemeinsam mit dem Büro der EKD-Bevollmächtigten Dr. Anne Gidion: Unterstützung des Aufenthaltsgesuchs von Olga Karach von "Our House"

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG INTERNATIONAL

- ⇒ Monitoring des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung weltweit im Rahmen des EBCO European Bureau for Conscientious Objection
- ⇒ #ObjectWarCampaign u.a. AGDF und EAK zusammen mit Connection e.V.
- ⇒ Beteiligung von AGDF und EAK an der Global Action #RefuseWar

NAHOST UND UKRAINE

- ⇒ AGDF-Pressemeldung "Bundesregierung muss sich für Deeskalation, Verständigung und eine nachhaltige Lösung im Nahen Osten einsetzen" vom 08.12.2023
- ⇒ Beteiligung der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD an der Friedensinitiative Pathways to Peace für die Ukraine der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK); u.a. gemeinsame Teilnahme an der Tagung "Hoffnung für die Erde leben. Gerechtigkeit – Frieden – Schöpfung" der ACK Deutschland vom 13.-15. September 2024 in Dresden